
FDP Frankfurt am Main

BUND UNTERSTÜTZT PLANUNGEN FÜR SPORTCAMPUS DEUTSCHLAND IN FRANKFURT AM MAIN

21.11.2022

Am Donnerstag hat der Haushaltsausschuss grünes Licht für die finanzielle Unterstützung der Planungen zur Modernisierung und zum Ausbau des Areals an der Otto-Fleck-Schneise gegeben. Bereits heute ist das Areal nicht nur Standort von über 20 Sport- und Sportfachverbänden, sondern ist gleichzeitig Olympiastützpunkt und Leistungssportzentrum mit Sportinternat und Sportklinik. Traditionell machen sich Olympioniken von Frankfurt am Main aus auf den Weg zu den Spielen. Dr. Thorsten Lieb (FDP), Mitglied des Haushaltsausschusses und Berichterstatter der Freien Demokraten für den Etat des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zeigte sich erfreut über diese Entscheidung: „Ich habe mich dafür eingesetzt, dass auch der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeit für den Leistungssport am Sportcluster in der Otto-Fleck-Schneise gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main und dem Land Hessen einen Ort für den Sport schafft, an dem Verbandsarbeit und Leistungssport sowie Breitensport übergreifend zusammenkommen. Mit der Vision eines „Campus Sportdeutschland“ kann eine einzigartige Kombination aus Kompetenz- und Organisationszentrum geschaffen werden. Schon jetzt beheimatet der Sportstandort Frankfurt am Main, insbesondere an der Otto-Fleck-Schneise und in der näheren Umgebung Spitzensportverbände wie den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB), die Deutsche Sporthilfe, den Deutschen Turnerbund (DTB) oder den Deutschen Fußball Bund (DFB) und bietet daher den idealen Ort zur Umsetzung dieses Vorhabens. Als Olympiastützpunkt und Leistungssportzentrum soll der Sportcampus Deutschland eine moderne Leistungssportbasis in Deutschland werden und darüber hinaus Treffpunkt für die Nationalmannschaften vor internationalen Sportgroßveranstaltungen wie den Olympischen oder den Paralympischen Spielen. Es ist mir daher wichtig, dass der Bund die vorbereitenden Maßnahmen nun maßgeblich

gemeinsam mit dem Land Hessen, der Stadt und den Nutzern voranbringt und die Hälfte der Kosten für die nächsten Planungsschritte trägt. Auf dieser Grundlage werden dann Bund, Land Hessen und Stadt Frankfurt am Main gemeinsam über die nächsten Schritte beraten.“